SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung

In dem Wahlanfechtungsverfahren

AZ: 5/2017/WA

auf Antrag von

[...],

- Antragsteller -

gegen

den [...] vertreten durch den [...], dieser vertreten durch den [...]

- Antragsgegner -

Wegen Anfechtung einer Wahl auf der Ordentlichen Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft [...] am [...] in [...] und wegen Rügen des Handelns des Tagungspräsidiums

Hat die Bundesschiedskommission am 20. November 2017 unter Mitwirkung von

Hannelore Kohl, Vorsitzende,

Dr. Thorsten Jobs, stellvertretender Vorsitzender, und

Prof. Dr. Roland Rixecker, stellvertretender Vorsitzender,

beschlossen:

Die Wahlanfechtung wird als unzulässig verworfen.

Gründe:

I.

Der Antragsteller wendet sich als einziges SPD-Mitglied gegen die auf der Ordentlichen Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft [...] am [...] in [...] erfolgte Wahl des Genossen [...] als Stellvertreter des Bundesvorsitzenden der [...] und rügt in diesem Zusammenhang insbesondere, dass dabei gegen die beschlossene Geschäftsordnung verstoßen worden sei. Bei dieser Bundeskonferenz war der Antragsteller Delegierter und hat selbst – erfolglos – als Beisitzer für den Bundesvorstand kandidiert.

Er macht geltend, der Genosse [...] der ausweislich der vor Beginn der Konferenz vorliegenden Nominierungsliste zum Bundesvorstand der [...] (allein) für das Amt des Bundesvorsitzenden vorgeschlagen gewesen sei, sei – nachdem er bei der Wahl dieser Funktion dem Gegenkandidaten Binding unterlegen sei – vom Tagungspräsidium gefragt worden, ob er als Stellvertreter kandidieren wolle, dies habe er bejaht. Er sei dann auch gewählt worden. Ein den Regularien der zuvor beschlossenen Geschäftsordnung (Nr. 7) entsprechender Vorschlag, den Genossen [...] zum Stellvertreter zu wählen, sei innerhalb der vom Tagungspräsidium gesetzten Frist für Initiativ- und Personalvorschläge (04.10.2017, 12.00 Uhr) jedoch nicht eingegangen. Deswegen sei im Ergebnis der formgerecht als Kandidat vorgeschlagene Genosse [...] nicht als Stellvertreter gewählt worden. Dieser sei dann aber nicht vom Präsidium gefragt worden, ob er auch als Beisitzer kandidieren wolle; somit sei ihm die Möglichkeit, Mitglied des Bundesvorstands zu werden, verbaut worden. Die Kandidatur einer anderen Genossin, die sich um 12.05 Uhr als Kandidatin

beworben habe, sei wegen Fristablaufs zurückgewiesen worden. Das Handelnd es Tagungspräsidiums sei willkürlich und damit rechtsfehlerhaft, was festzustellen sei.

Die zunächst an den Parteivorstand gerichtete Wahlanfechtung des Antragstellers erreichte per E-Mail die [...] am 14. Oktober 2017 und den Parteivorstand am 15. Oktober 2017 und ging sodann per Post in dreifacher Ausfertigung per Einschreiben beim Parteivorstand am 17. Oktober ein.

Namens des Parteivorstands wies der [...] diese Wahlanfechtung mit Schreiben vom [...] mit der Begründung zurück, dass gemäß §11 Abs.2 Wahlordnung – WahlO – einzelne Parteimitglieder nicht zu den Wahlanfechtungsberechtigten gehörten. Die – fristgerecht eingegangene (§12 Abs. 1, § 11 Abs. 3 WahlO) – Wahlanfechtung sei somit unzulässig. Anhaltspunkte, die die Anordnung einer Neuwahl der stellvertretenden Vorsitzenden erforderlich machen würde, lägen nicht vor.

Hiergegen rief der Antragsteller mit Schreiben vom [...], eingegangen per Post am [...], die Bundesschiedskommission an. Er vertritt weiterhin die Auffassung, die Zulassung der Kandidatur des Genossen [...] zur Wahl der Stellvertreter habe gegen die Geschäftsordnung verstoßen, da für diese Position ein ordnungsgemäßer Wahlvorschlag nach Nr. 7 der Geschäftsordnung nicht vorgelegen habe; auf der Vorschlagsliste sei er nicht für diese Position aufgeführt gewesen. Mit seiner Wahl habe er den Genossen [...] als Stellvertreter verdrängt. Dieser sei dann aber vom Tagungspräsidium nicht gefragt worden, ob er auch als Beisitzer kandidieren wolle, sodass ihm die Möglichkeit genommen worden sei, Mitglied des Bundesvorstandes zu werden. Auch sei eine Genossin, deren Bewerbung um 12.05 Uhr eingegangen sei, wegen Fristablaufs die Kandidatur verwehrt worden. Er selbst sei nach § 11 Abs.4, § 12 Abs.2 und § 3 Abs. 5 WahlO zur Anfechtung berechtigt. Zum Beweis könnten alle Delegierten der Bundeskonferenz und das Protokoll der Versammlung beigezogen werden.

Der Antragsgegner hält den Antrag weder für zulässig noch für begründet. Der Antragsteller sei als einzelnes Parteimitglied nicht anfechtungsberechtigt (§11 Abs. 2 WahlO). Ein Nichtigkeitsgrund i.S.d. §12 WahlO, der auch einzelne Mitglieder zur Anfechtung berechtigte, sei weder geltend gemacht noch ersichtlich. Ungeachtet dessen sei ein Wahlfehler auch nicht erkennbar. Dies ergebe sich aus dem vorgelegten Protokoll über den Ablauf der Versammlung. Der Genosse [...] sei

fristgerecht für den Bundesvorstand der [...] für die Funktion des Vorsitzenden vorgeschlagen worden; nachdem er bei dieser Wahl unterlegen sei, sei er bei der Wahl der Stellvertreter angetreten und gewählt worden. Dies sei zulässig gewesen. Das Protokoll der Versammlung belege – ebenso wie der transkribierte Mitschnitt von der Versammlung –, dass das Tagungspräsidium im Rahmen der Beschlussfassung zur Tages- und Geschäftsordnung ausdrücklich darauf hingewiesen habe, dass es der üblichen Geschäftsordnung der Bundeskonferenz entspreche und auch Teil der Geschäftsordnung dieser Konferenz sein solle, dass für den Bundesvorstand fristgerecht vorgeschlagene, aber dann in einem Wahlgang unterlegene Kandidat/innen sodann bei den nachfolgenden Wahlgängen zum Bundesvorstand antreten dürften. Das Tagungspräsidium habe auch darauf hingewiesen, dass die unterlegenen Kandidat/innen an die Antragsfrist für Personalvorschläge oder Regularien für Initiativanträge nicht gebunden sein sollen. Nachdem es aus den Reihen der Delegierten hierzu keine Wortmeldungen gegeben habe, sei die Tages- und Geschäftsordnung mit einer Enthaltung durch die Bundeskonferenz so beschlossen worden. Vorschläge für eine bestimmte Vorstandsfunktion hätten somit als Vorschlag für das Gremium insgesamt gegolten. Entgegen der Darstellung des Antragstellers sei auch nicht nachträglich die Zahl der Stellvertreter im laufenden Wahlverfahren auf vier erhöht worden. Die Konferenz habe beschlossen, dass der Bundesvorstand aus insgesamt 10 Mitgliedern bestehen solle (Vorsitzende/r, 3 Stellvertreter, 6 Beisitzer/innen). Ausweislich des Protokolls habe sich lediglich die Kandidatenzahl für die Stellvertreterfunktion auf vier erhöht durch das Antreten der Genossen [...], von denen sodann drei gewählt worden seien. Der dabei unterlegene Genosse [...] sei dann – zulässigerweise – bei der Wahl um die Beisitzerposition angetreten, sei jedoch auch hier unterlegen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Akten verwiesen.

II.

Es kann dahinstehen, ob der Antragsteller mit seiner – grundsätzlich zulässigen (§ 13 Abs. 3 Buchst. A) WahIO – Weiterverfolgung der Wahlanfechtung die Frist zur Anrufung der Bundesschiedskommission gemäß § 13 Abs. 2 Satz 2 WahIO gewahrt

hat; abzustellen wäre dabei auf die Bekanntgabe des ablehnenden Schreibens des Genrealsekretärs vom [...] einerseits und den Eingang des Originals des Schreibens des Antragstellers vom [...] bei der Bundesschiedskommission (per Post am [...]) andererseits.

Denn der Antrag, über den die Bundesschiedskommission als einzige Instanz entscheidet (vgl. § 1 Abs. 4 Buchst. E) SchiedsO), hat schon deswegen keinen Erfolg, weil die Wahlanfechtung des Antragstellers bereits unzulässig ist, wie der Parteivorstand zutreffend festgestellt hat. Nach § 11 Abs.1 WahIO können Wahlen angefochten werden, wenn die Verletzung von Bestimmungen der Parteisatzung, des Parteiengesetzes, der Wahlgesetze oder des Verfassungsrechts behauptet wird und eine solche Rechtsverletzung zumindest möglich erscheint. Die möglichen Anfechtungsberechtigten sind in § 11 Abs.2 WahIO im Einzelnen benannt; hierzu gehören einzelne Mitglieder bzw. in der fraglichen Versammlung Abstimmungsberechtigte gerade nicht. Insoweit unterscheidet sich die Rechtslage von den Regelungen zur Feststellung der Nichtigkeit in § 12 WahIO, die von jedem Parteimitglied der betreffenden Gliederung begehrt werden kann (§ 12 Abs. 2 WahIO). Nichtigkeitsgründe i.S.d. § 12 Abs. 1 WahIO, die zwingend zur Anordnung von Neuwahlen führen würden, hat hier der Antragsteller weder geltend gemacht noch wären sie ersichtlich.

Unabhängig davon bliebe die Wahlanfechtung aber auch in der Sache erfolglos. Entgegen der Auffassung des Antragstellers war das Vorgehen des Tagungspräsidiums bei sämtlichen Wahlgängen zur Wahl der Mitglieder des Bundesvorstands der [...] nicht zu beanstanden.

Aus dem Protokoll der Versammlung und – noch deutlicher – dem Mitschnitt des fraglichen Abschnitts ergibt sich eindeutig, dass die zu Beginn der Versammlung als Entwurf vorgelegte Geschäftsordnung von der Versammlung selbst einstimmig bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung dahingehend ergänzt worden ist, dass „unterlegene Kandidat/innen der Wahlgänge Bundesvorsitzender und Stellv. Bundesvorsitzender auch in den jeweils nachfolgenden Wahlgängen antreten dürfen“, ohne der Fristbindung zu unterliegen. Die Versammlung ist souverän, welche Geschäftsordnung sie sich – im Rahmen des rechtlich Zulässigen – gibt. Zusätzlich sei angemerkt, dass diese Verfahrensweise nicht nur bei früheren Wahlen der [...] auf Bundesebene praktiziert wurde, sondern generell in der Partei üblich sein dürfte.

Im Übrigen trifft auch die weitere Behauptung des Antragstellers nicht zu, in der Folge sei dem Genossen [...] – als bei der Stellvertreterwahl Unterlegenem – verwehrt worden, als Beisitzer zu kandidieren. Aus dem Protokoll ergibt sich eindeutig, dass er zur Wahl stand, jedoch nicht die notwendige Stimmenzahl erreichte. Insofern liegt auch die behauptete Ungleichbehandlung nicht vor – weder im Verhältnis zum Genossen [...] noch im Vergleich mit tatsächlich verspätet eingereichten Wahlvorschlägen zugunsten offenbar erstmalig angemeldeter Kandidaturen.

Hannelore Kohl